

Wer hat Angst vor dem „Sparkommissar“?

Die Schreckensnachrichten aus dem Rathaus häufen sich. Es sind über 30 Millionen, die eingeplant sind, aber nicht kommen. Verantwortlich dafür ist vor allem der Einbruch bei der Gewerbesteuer. Aber auch die gestiegenen Sozialkosten sind an dem Etat-Loch beteiligt.

Die Verantwortlichen reiben sich verwundet die Augen. Ihre Planung war auf Sand gebaut. Die Erwartungen, dass mit dem Kürzungspaket von 2010 der Weg in die Schuldenlosigkeit besritten ist, haben sich ins Nichts aufgelöst. Dabei warnten linke Kräfte, auch die DKP, seit Jahren und verlangten, von Bund und Land ausreichende finanzielle Ausstattung der Städte zu fordern, so wie es das Grundgesetz vorschreibt. Das geschieht bis heute nicht. Jetzt kann die Stadt nur noch die Löcher und den Mangel verwalten.

Wer ist schuld an dem Finanzdesaster?

Die arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen, junge Menschen, die Rentner jedenfalls

nicht. Sie haben auch nie über ihre Verhältnisse gelebt. Wahr ist: Seit der Regierung Kohl haben alle Regierungen eine gigantische Umverteilung zugunsten der Banken und Konzerne vorgenommen. Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, alles wurde zugunsten der oberen Zehntausend und der großen Konzerne gesenkt oder gar gestrichen. Milliarden gingen an Banken, um sie zu „retten“. Allein die WestLB verschlang über 12 Milliarden.

Daher eine Haushaltssperre und ein neues „Sparkonzept“?

Die Stadt hängt am Tropf. „Heulen und Zähneklappern“ werde es geben. Derart seien die notwendigen Maßnahmen. So OB Feith. Sonst komme der Sparkommissar. Aber wer hat Angst vor „dem Schwarzen Mann“?

Gewiss, dann wäre es erstmal aus mit der kommunalen Demokratie. Aber dann könnten ja Rat, Verwaltung und die Bürgerinnen und

Bürger gemeinsam auf die Straße gehen und ihre Rechte einfordern.

Nein, mit der „Sparorgie“ muss Schluss sein. Unsere Vorschläge:

- ☆ Bund und Land müssen den Städten die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.
- ☆ Schuldenerlass für die Städte – das Geld den Städten, nicht den Banken.

Eine grundlegende Finanzreform mit folgenden Punkten:

- ☆ Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- ☆ Erhöhung der Erbschaftssteuer für große Vermögen und Betriebe.
- ☆ Konsequente Bekämpfung der Steuerflucht und Wirtschaftskriminalität.
- ☆ Sonderabgabe auf hohe Einkommen und Vermögen für gesellschaftliche Aufgaben.
- ☆ Kürzung des Rüstungshaushaltes. Beendigung der grundgesetzwidrigen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Nein sagen hat sich wieder gelohnt



Der Bau der CO-Pipeline zwischen Krefeld und Dormagen, diese berührt auch Solinger Gebiet, war verfassungswidrig. Das hat das Oberverwaltungsgericht in Münster am 28. August 2014 entschieden. Die Richter sehen in dem vor acht Jahren vom NRW-Landtag verabschiedeten Gesetz für den Bau einen Verstoß gegen das Grundrecht auf Eigentum. Geklagt hatten vier Hausbesitzer, deren Flächen damals teilweise enteignet wurden. Jetzt ist das Bundesverfassungsgericht dran. Das kann dauern.

Kläger, Initiative und Anwohner der Trasse können das getrost als einen weiteren großen Etappensieg feiern und brauchen jetzt auf Jahre keine CO-Vergiftung im eigenen Haus oder Garten befürchten

Verpflichtung aufs Grundgesetz



Walter Herbst wurde auf der Liste der Partei DIE LINKE in die Bezirksvertretung Solingen-Wald gewählt. Als der älteste der Gewählten (der Altersvorsitzende) eröffnete er die konstituierende Sitzung und verpflichtete nach ihrer Wahl die Bezirksbürgermeisterin Birgit Zeier auf das Grundgesetz und die Verfassung des Landes NRW.

In einer Ansprache erinnerte er an die extrem niedrige Wahlbeteiligung und forderte auf, über Ursachen nachzudenken. Das könnten sein der schlechte Ruf der Politik, die mit Affären, Pöstchen und Bereicherung in Verbindung gebracht wird, die Meinung, dass „die Oben“ ohnehin alles machen und „Unten“ nichts zu sagen hat. Oder dass die wichtigen Fragen nicht in den Parlamenten entschieden werden.

Solinger Rathaus – zahlen ohne Ende?

Der Einweihungsrummel um das Rathaus ist schon lange verklungen. Im siebten Jahr ist es nun in Betrieb. Doch die Probleme um dieses „Investoren-Rathaus“ sind geblieben und haben sich weiter zugespitzt. Erinnern wir uns: Gegen den Willen der Mehrheit der Solinger Bevölkerung verkaufte die Stadt ein zentral gelegenes, hochwertiges Grundstück an einen Finanzhai. Der baute auf diesem Grundstück den Rathauskomplex. Baukosten 30 Millionen Euro!

Für 30 Jahre mietete daraufhin die Stadt für 11,83 Euro pro qm, egal ob Büroräume, Lager, Archiv oder Abstellräume, den Neubau an. Dies entsprach der dreifachen Summe der damaligen Vergleichsmiete in Solingen. Super Profit für den Investor, der das Rathaus kurz nach der Einweihung für 35 Millionen Euro an den nächsten Finanzhai weiter verkaufte. Die Stadt aber, das heißt wir alle, werden nach Ablauf der 30 Jahre mindestens 65 Millionen Euro an Miete bezahlt haben. Da sage noch einer, die Stadt müsse sparen!



Natürlich besitzt der Mietvertrag, der der strengsten Geheimhaltung unterliegt, auch Klauseln, die die Anhebung der Miete zu jeder Zeit ermöglichen. Dieser Mietvertrag wurde den Mitgliedern des Stadtrates nie vorgelegt.

Der größte Skandal aber ist, dass das Rathaus nach Ablauf der 30 Jahre uns immer noch nicht gehört. Wenn der Investor dann andere gewinnbringende Pläne hat, stehen

wir im Jahre 2038 ohne Rathaus und ohne Grundstück da. In diesem Fall muss die Stadt sich wieder um ein neues Rathaus kümmern. Unter 35 Millionen Euro wird dies dann aber nicht zu bauen sein.

Die DKP fordert daher den Solinger Stadtrat auf, jetzt endlich Licht ins Dunkel zu bringen. Die ganze Situation muss rechtlich geprüft werden. Ziel muss es sein, das Rathaus endlich in kommunalen Besitz zu überführen.

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!



Geht Dir der Rat aus - Geh aufs Rathaus

Die alte Inschrift fotografierten wir am Römer in Frankfurt. Ob das auch in Solingen stimmt, sei dahingestellt. Beim Rathausneubau jedenfalls scheint der „gute Rat“ für die Bürger verdammt teuer zu werden.

Erfolge!



O-Bus 683 jetzt bis Vohwinkel Bahnhof

Die Gräfrather haben lange genug darauf gewartet. Seit Anfang August fährt die O-Bus-Linie 683 endlich bis zum Bahnhof in Vohwinkel. Damit ist eine attraktive Anbindung vom Solinger Norden nach Essen, Düs-

seldorf beziehungsweise nach Wuppertal-Elberfeld oder Hagen geschaffen worden.

Schon seit den siebziger Jahren wurde die DKP nicht müde, immer wieder von neuem diese Forderung zu stellen. Große Unterstützung bekam sie später auch von den Bezirksvertretungen in Gräfrath und Vohwinkel.

Wir sagen danke, dran bleiben lohnt sich!

Vierte Gesamtschule endlich da

Mit Beginn des neuen Schuljahres konnten endlich 108 Kinder in vier Klassen ihren Unterricht in der vierten Gesamtschule Höhscheid aufnehmen. Der Wunsch der Eltern, ihre Kinder auf eine Gesamtschule zu schicken, war in Solingen groß. Doch die Kapazität der bestehenden drei Gesamtschulen reichte längst nicht mehr. Aber gegen eine vierte Gesamtschule gab es große Widerstände.

Hinter dem Argument: „Wir haben kein Geld“, versteckte sich in Wirklichkeit der alte ideologische Zopf vom dreizügigen Schulsystem nicht abrücken zu wollen. Die Forderung der DKP: „Die vierte Gesamtschule muss her“, hat sich endlich verwirklicht.

Die Commune lebt!

Ende Juni lud die DKP zum 18. Pressefest ihrer Zeitung UZ (Unsere Zeit) nach Dortmund ein. Und mehrere Zehntausend kamen wieder zum größten und „schönsten“ (Aussage von Teilnehmern) Fest der Linken im deutschsprachigen Raum: Kulturschaffende, Gewerkschafter, Alt- und Neulinke, Friedensbewegte, Freidenker, Aktivisten aus Bewegungen, Naturfreunde, MigrantInnen ...

Auch Vertreter von 33 kommunistischen und Arbeiterparteien aus der ganzen Welt kamen nach Dortmund. Drei Tage lang gab es Hunderte von Gesprächsrunden, Konzerte, Theater, Literatur und Kunst; ein schier überwältigendes Angebot. Viel Kulinarisches. Also für jeden Geschmack etwas.

Höhepunkt ohne Zweifel: Der Auftritt von Konstantin Wecker gemeinsam mit Esther Bejarano, der letzten Überlebenden des Mädchenorchesters von Auschwitz.

Spenden? – Ja bitte!

Dann an
DKP Solingen
Konto-Nr. 20 214
BLZ 342 500 00
Stadtsparkasse Solingen
Wir danken!

O-Ton DKP

www.news.dkp.de
www.dkp-solingen.de

Junge Pläne

Klingenstadt fragt Nico B. nach Jugendaktionen in der Stadt



Bildungsstreikdemo 2011

Frage: Nico, bei den Jugendaktionen habt Ihr gerufen: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“. Aber zur Zeit ist es leise in der Stadt. Was ist geschehen?

Nico: Die SDAJ war die aktive Gruppe. Jetzt sind die meisten auf anderen beruflichen und privaten Wegen, zum Teil weggezogen. Auch hat ein Konflikt in der SDAJ negativ gewirkt. Der Kreis war jedenfalls nicht mehr zusammen zu halten. Wichtige Projekte der damaligen SDAJ und der linksjugend solid, wie der weitere Auf- und Ausbau der Bezirksschülervertretung, der Aufbau eines Jugend-Friedensbündnisses, die Mitarbeit in der Gewerkschaftsjugend oder die Organisation eines breiten Jugendaktionsbündnisses für den sozialen Fortschritt kommen nicht mehr voran.

Frage: Was ist denn konkret verloren gegangen?

Nico: Die SDAJ hatte sich in Solingen einen Namen gemacht! Jeder Jugendliche konnte mit diesem Namen und ihren Mitgliedern etwas verbinden. Besonders in der Schülerbewegung. Die Bildungsstreiks von 2010 bis 2013, der Sternmarsch der Solinger Schülerinnen und Schüler anlässlich des 20. Jahrestag des Solinger Brandanschlags, die Beteili-

gung der Bezirksschülervertretungen an den Jugendkulturfestivals, die Organisation eines Jugendblocks, Fahrten zu den Ostermärschen und anderen Friedensdemos, die Erklärungen zu Bundeswehr-freien Schulen per Schulkonferenzbeschluss an gleich drei Solinger Schulen und viele weitere Projekte wurden in erster Linie vorangetrieben und organisiert von SDAJlern oder solid-Jugendlichen. Wenn auch die jetzige Situation so ist wie sie ist, so haben doch unsere Aktivitäten Erfolge gebracht. Erfolge linker Jugendpolitik in Solingen. Das zeigt: Eine linke, aktive Jugend hat das Potenzial, ihre Ziele über verschiedene Wege vorzubringen und wichtige Reformen und Aktionen für ein lebenswerteres, soziales, umwelt- und vor allem kinder- und jugendfreundliches Solingen umzusetzen.

Frage: Rückblick mit Wehmut – oder was?

Nico: Keinesfalls! Linke Jugendpolitik in Solingen wird auch in Zukunft wieder eine Rolle spielen. Wir ehemaligen SDAJler, Sozialistinnen und Sozialisten, suchen dafür die Zusammenarbeit vor allem mit der linksjugend solid. Aber auch mit anderen. Denn eines ist sicher: Wir Jugendlichen lehnen die derzeitige Kürzungs- und Rotstiftpolitik der Stadt, die zunehmende Militarisierung auch auf Berufsmessen und in Schulen, das Erstarken von Rechtspopulisten und anderen Nazis und den Abbau von kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten der Jugend ab! Nur gemeinsam sind wir stark! Deshalb brauchen wir ein linkes Jugendkollektiv, das der Solinger Jugend wieder eine Stimme im Kampf um soziale Projekte gibt! Erreichen wollen wir sowohl Schülerinnen und Schüler, diejenigen, die studieren, aber auch junge Arbeiterinnen und Arbeiter, Auszubildende, MigrantInnen, junge Arbeitslose. In diesem Sinn ist in Zukunft wieder mit uns zu rechnen.

Hardt im Nehmen

Arm sind die Leute von der CDU. Ein Atrauriges Beispiel ist der Bundestagsabgeordnete Hardt, der in Solingen sogar gewählt wurde. Hat doch dieser arme Tropf nur in der Tasche, was ihm der Bundestag bezahlt. Bedauernswert. Damit ist nun wirklich nicht auszukommen. Da braucht's noch was dazu. Das Zubrot liefert die Wuppertaler Firma Vorwerk (Staubsauger) mit 3500 Euro im Monat. Ist nicht viel, aber immerhin. Na, so müssen wir uns um ihn keine Sorgen machen.

Aber halt! Ist das wirklich nur ein Almosen für ein Vergelt's-Gott? Herr Hardt outet sich als Vertreter der Unternehmerinteressen, als Lobbyist. Das sind die, die sich in den Hauptstädten und Ministerien tummeln, dafür sorgen, dass die Gesetze unternehmergerecht gestaltet werden. Es ist glaubhaft, dass solche Taschenträger die fertigen Gesetzestexte in die Ministerien bringen und diese dann dem Parlament zum Beschluss übergeben werden.

Da gibt's doch noch was – das Grundgesetz. Dort heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Artikel 20).

Ohne Kommentar

Der Solinger Walter Scheel ist nun alt und wacklig. Dass er aber das noch erleben muss: Wie die Badische Zeitung mitteilt (Redakteur Joachim Röderer), war die Frau des Ex-Bundespräsidenten zu einem Gala-Dinner in Freiburger Nobel-Hotel Colombi eingeladen. Walter blieb zu Hause, sie ließ sich mit seinem Dienstwagen (VW-Phaeton) dorthin chauffieren. Der Fahrer hatte zu warten.

Sternekoch Klink und seine Mannschaft brachten zum Hauptgang Stubenküken und Perigordtrüffel (!) auf den Tisch. Das gefiel und die Klink-Mannschaft nahm den Beifall der Gäste gerne an. Der Präsident der Gourmet-Gesellschaft, die eingeladen hatte, lobte die ausgezeichnete Küche. Das sah Frau Scheel nicht so und kritisierte besonders den Hauptgang und die Weinauswahl. Der Küchenchef wehrte sich, höflich, aber bestimmt – worauf Frau Scheel ihn mit einer Schimpftirade als „arroganten Schnösel“ bedachte, was die anderen Gäste mit Buhrufen quittierten.

Im Lauf des Abends hatte sich das Service-Personal über die herablassende Behandlung durch Frau Scheel beschwert. Niemand wollte sie mehr bedienen. Doch nicht genug. Frau Scheel bestellte noch eine Flasche Champagner, um, wie sie meinte, die anderen Gäste am Tisch zu besänftigen. Die wollten aber nicht besänftigt werden. Ihnen hatte es geschmeckt. Auf die Flasche Schampus wartete Frau Scheel darum bis heute vergebens.

Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP
Die Kommunistische unter den Linken.
www.kommunisten.de

Jetzt
4 Wochen
kostenlos
probelesen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Betty Pallas – Arbeiterin, Betriebsrätin, Landtagsabgeordnete

Wenn man gesehen hat, wie die Eltern sich geplagt haben, dann entwickelt man so etwas wie die Einsicht in die Notwendigkeit, dass sich etwas ändern muss“, ist die Meinung von Betty. Sie wird 1910 in Solingen geboren.

Einen Beruf kann sie nicht erlernen, denn im Elternhaus wird jeder Groschen gebraucht. Deshalb arbeitet sie mit 14 Jahren schon in einer Kartonagenfabrik und mit 16 als Lackiererin in einer Schirmfabrik unter Bedingungen, die ihre Gesundheit schädigen. Lohnkürzungen im Betrieb beantworten die Frauen mit Arbeitsniederlegung. Sie haben Erfolg. Aber Betty kommt auf die „schwarze Liste“ und wird 1931 entlassen.

Als Hitler die Macht übertragen wird, beginnt auch in Solingen die Hexenjagd auf Arbeiter, Gewerkschaften und Parteien. Betty beteiligt sich an der Verteilung von Flugblättern gegen das Naziregime, an Geldsammlungen für die Familien der bereits Verhafteten.

Am 14. April 1934 wird Betty verhaftet. Sie sitzt neun Monate in Untersuchungshaft. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat steht sie dann mit weiteren 45 Solinger Frauen und Männern vor dem Sondergericht in Düsseldorf. Das Urteil lautet: eineinhalb Jahre Gefängnis. Die Haft und die schwere Arbeit rui-



Betty Pallas, Foto: Stadtarchiv Solingen

nieren sie gesundheitlich. Immer wieder plagen sie starke Schmerzen am ganzen Körper, selbst noch während der Schwangerschaft 1942. Die Gestapo zerrt sie 1937 wieder für zwei Monate ins Gefängnis.

Im Juli 1944 wird Betty erneut verhaftet. Man wirft ihr Verbindung zu den Attentätern des 20. Juli vor. Ihr Mann stirbt im selben Jahr an den Folgen eines schweren Leidens, das er sich im Rüstungsbetrieb Rautenbach zugezogen hat.

Nach der Befreiung vom Faschismus wird Betty, jetzt in der Antifa tätig, von der englischen Besatzungsmacht als Mitglied der KPD in das Stadtparlament Solingen und in den Landtag von NRW berufen. Sie arbeitet mit an der Landesverfassung. Eine wichtige Forderung ist die Enteignung der Schwerindustrie, die zwar in die Landesverfassung aufgenommen, aber nicht verwirklicht wird. Betty setzt sich vor allem dafür ein, dass monatlich ein bezahlter Hausfrauentag für berufstätige Frauen gesetzlich verankert wird. Den setzt sie als Betriebsrätin auch in der Schlüsselfabrik, in der sie arbeitet, durch.

Während der Zeit des Kalten Krieges, in Solingen werden wieder die ersten Seitengewehre produziert, richtet sich die KPD gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang hat Betty mit neun Ermittlungsverfahren zu kämpfen. Verurteilt wird sie nicht. Zusammen mit Sozialdemokratinnen und christlichen Frauen wird sie in der Friedensbewegung aktiv und beim Ostermarsch gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik. Als 1968 die DKP neu konstituiert wird, ist Betty dabei. Ihre menschliche Wärme, ihre Aufgeschlossenheit und Einsatzfreude ist allen, die sie kannten, in lebhafter Erinnerung. Betty Pallas – eine starke Frau! 1988 ist sie verstorben.

Wir und der Kommunismus

Dass Kommunistinnen und Kommunisten ihren Platz in der Gesellschaft haben, ist in vielen Ländern normal. Und sie sind nicht wegzukriegen. Das hat in Deutschland der Nazi-Terror nicht geschafft, nicht die Verfolgungen nach dem KPD-Verbot, nicht die Berufsverbote. Wo in anderen Ländern Verbote oder Verfolgungen an der Tagesordnung sind, wie z. B. in der Ukraine, kämpfen die Kommunisten um ihre Rechte. In Solingen gibt es die DKP seit über 45 Jahren. Vorher die KPD. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind in Solingen aufgetreten. Solingen war einst rot. Zwei Mal war ein Kommunist Oberbürgermeister.

Es wird uns vorgeworfen, wir seien keine Demokraten. Wir seien „Extremisten“ wie die Neonazis es sind, und müssten daher genauso abgelehnt werden.

Dabei haben Kommunisten eine lange demokratische Tradition. Erinnert sei an den Widerstand gegen die Nazidiktatur, den die Kommunisten mit anderen Demokraten sofort nach 1933 aufgenommen haben. Tausende ließen dafür ihr Leben.



Auch nach der Befreiung vom Faschismus 1945 halfen Kommunisten beim Wiederaufbau. Kommunistinnen und Kommunisten haben an der Erarbeitung des Grundgesetzes und der Länderverfassungen mitgewirkt. Aber sie wollten nicht, dass die an Naziterror und Krieg Schuldigen wieder hoch kommen, wie es dann doch geschah. Das „alte“ Personal wurden Minister, Richter, Militärs etc. und konnte ihr Wirken, diesmal unter dem Vorzeichen „C“, ungestört fortsetzen. Oder sie verwandelten sich

in „Liberale“ und schlüpfen in der FDP unter.

Fehler in unserer Geschichte haben wir benannt, ebenso auch die Verbrechen der Stalinzeit. Diese sind mit dem humanistischen Wesen unserer Weltanschauung und unseren Zielen nicht vereinbar.

Ja, wir sind radikal, weil wir eine andere Gesellschaft wollen, in der nicht Banken, Konzerne und Spekulanten bestimmen, sondern die Mehrheit der Menschen, die ein Leben ohne Angst, in Sicherheit und Würde, ohne Nazis und Kriege wollen. Das geht im Kapitalismus nicht, was hinreichend bewiesen ist.